

Nummer 95

Jänner 2005

Impressum:
Resti - KPÖ Fohnsdorf,
Josefplatz 3a,
8753 Fohnsdorf. Tel. 2166

GLÜCK AUF

Mitteilungsblatt der **KPÖ** Fohnsdorf

Bergarbeiter: Verschlechterung beim Arztbesuch

Die Zusammenlegung der Versicherungsanstalt des österreichischen Bergbaus mit der Eisenbahnversicherung bringt für die aktiven und die pensionierten Bergarbeiter in unserem Land zusätzliche Belastungen.

Seit 1. Jänner 2005 ist bei jedem Arztbesuch ein Selbstbehalt fällig, der vorerst für Bergarbeiter 5 % beträgt, aber in absehbarer Zeit auf den schon bisher für die Eisenbahner geltenden

Satz von 14 % angehoben wird.

Wir sind der Meinung, dass beim Zusammenschluss der Versicherungen die Rechte der Bergarbeiter erhalten bleiben und für die

Eisenbahner auf die rechte der Bergarbeiter angehoben hätten werden sollen. Wir sind gegen jeden Selbstbehalt im Gesundheitswesen. Schon jetzt gibt es genügend neue Belastungen

von den Kosten für die Brillen bis zum Spitalskostenbeitrag. Gemeinderätin Elfi Wieser: „Wir wenden uns dagegen, eine durch die harte Arbeit im Bergbau ohnehin belastete Bevölkerungsgruppe noch zusätzlich zu belasten: Gerade Fohnsdorf hat durch das frühere Steinkohlenbergwerk viele Bergarbeiterpen-

sionisten. Wir sollten nicht die Verschlechterungen vereinheitlichen, sondern die jeweils beste Lösung beiden Berufsgruppen zugänglich machen.“

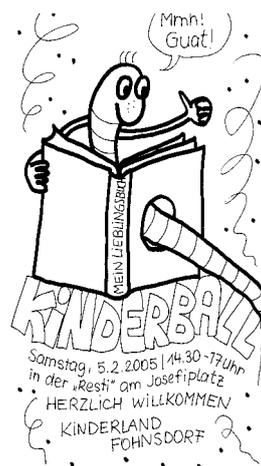
In der Fohnsdorfer Budgetsitzung hatte Gemeinderätin Wieser ebenfalls diese Kritik vorgebracht. Darauf warf ihr der Bürgermeister vor, dass sie nur wegen des Wahlkampfes dieses Problem aufwerfen würde.

Die Zusammenlegung der beiden Versicherungen ist aber mit 1. 1. 2005 in Kraft getreten. Deshalb ist es nur richtig, wenn wir auf die Verschlechterungen hinweisen. Die KPÖ hat ganz klare Vorstellungen darüber, wie soziale Gerechtigkeit ausschauen soll. Das wir das aussprechen, hängt nicht von irgendwelchen Wahlterminen ab.

GUT
für
Fohnsdorf

KPÖ
in den Gemeinderat!

Elfi Wieser



Wählen mit 16

Die Gemeinderatswahl am 13. März 2005 bringt einige Neuerungen.

Man kann bereits mit 16 Jahren wählen und mit 18 Jahren gewählt werden.

Ich bitte alle Jungen: Nehmt Euer Wahlrecht wahr.

Gemeinderätin
Elfi Wieser

Helfen statt reden: Beispiel Kaltenegger

Der Grazer Wohnungsstadtrat Ernest Kaltenegger zeigt, dass es Politiker gibt, die anders sind. Das zeigt sich Jahr für Jahr beim Tag der offenen Konten.

Den Unterstützungsfond von Stadtrat Ernest Kaltenegger gibt es seit 1998. Gespeist wird er durch den Verzicht auf 60 Prozent seines Politikereinkommens. Und mit Hilfe der zweiten KPÖ Stadträtin Wilfriede Monogoudis hat Stadtrat Ernest Kaltenegger bis jetzt fast € 300.000, (über 4 Millionen Schilling) - in diesen Fond fließen lassen. Zusätzlich wurden von Stadträtin Monogoudis in den letzten beiden Jahren zirka € 35.000,- für die Unterstützung von Projekten aufgewendet. Der Großteil der Spenden



Ernst Kaltenegger: Politiker sollten nicht mehr verdienen als der Durchschnitt

wird für Mietzuzahlungen, Unterstützung für Heizung und Strom sowie für Reparaturen ausgegeben. Insgesamt wurde 2004 das Budget des Unterstützungsfonds von € 64.368,91 für 363 Personen verwendet. Seit dem Gründungsjahr des Fonds 1998 ist bereits 1.653 Menschen geholfen worden.

Soziale Verantwortung ist für die KPÖ mehr als nur ein Schlagwort.

Der große Saal der Fohnsdorfer „Resti“ Ideal für Veranstaltungen und größere private Feiern!

Auch Dauervermietung möglich!

Tel. 21 66, mail: kp.fohnsdorf@kpoe-graz.at



Anfragen unter: KPÖ-Fohnsdorf, Tel.: 03573/ 21 66

kurz bemerkt...

- ... dass in der Arena Ost eine Einbahnregelung sinnvoll wäre. Diese Anregung einiger Fohnsdorfer wurde vom Bürgermeister in der letzten Gemeinderats-sitzung leider nicht aufgegriffen.
- ..dass Österreich ein Kontingent bei den EU-Kampfgruppen stellen soll. das ist der nächste Schritt zur Aushöhlung unserer Neutralität. Und keiner will in der Öffentlichkeit der Täter sein – vor allem vor Wahlen.
- ..dass das Konzer-tabonnement der Gemeinde eine positive Einrichtung ist, die sehr gut angenommen wird.
- ..dass kürzlich zwei Meldungen durch die Medien gingen: Die österreichische Wirtschaftskammer wirbt mit dem Slogan: „Geht’s der Wirtschaft gut, geht’s uns allen gut“. Nahezu gleichzeitig weist die Caritas darauf hin, dass bereits 29.000 Frauen in der Steiermark in der Armutsfalle sind. Diese zwei Beispiele zeigen, was Schlüssel, Bartenstein u.a. unter Harmonisierung verstehen.
- ..dass das Pflegegeld nach vielen Jahren im Jahr 2005 um 2 Prozent erhöht wurde. Das Pflegegeld ist seit 1996 unverändert geblieben. Die Inflation seither betrug aber 14 %.
- .. dass sich die Parteien unter dem Titel „10 Jahre EU-Beitritt“ selbst beweihräuchern. Die arbeitenden Menschen haben in diesem Zusammenhang nichts zu feiern.
- ... dass die Forderung der KPÖ – Arbeit statt Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe – auch für das Jahr 2005 Geltung hat. Wir müssen alles daransetzen, damit unsere Jugend in der Region Arbeit findet und die Politik die notwendigen Maßnahmen raschest umsetzt. Versprechungen haben wir seit Jahrzehnten, wir wollen endlich Taten sehen!
- ...dass der ÖBB-Vorstandsdirektor vorzeitig ausscheidet und dafür 1,2 Millionen Euro bekommt.



HTP: Zukunft ungewiss

Die Zukunft der Firma High Tech Plastics (HTP) ist ungewiss. Die schwierige finanzielle Situation und die Streitereien zwischen den Hauptaktionären Ernst Hoffmann und Hannes Androsch bringen den gesamten Betrieb in Gefahr. Betroffen sind rund 310 Beschäftigte in Fohnsdorf.. Die Firma ist ein Zulieferbetrieb der Luftfahrt- und Rüstungsfirma EADS.

Die Sicherung der Arbeitsplätze muss Vorrang haben. Eines ist aber klar: Aus der „Musterregion Aichfeld-Murboden“ ist nach der Vernichtung der Verstaatlichten Industrie ein Gebiet geworden, das um jeden Arbeitsplatz in der Industrie kämpfen muss.

Die KPÖ wendet sich dagegen, dass Machtkämpfe auf Kosten der Arbeiter ausgetragen werden. Notfalls müsste die sogenannte Pleitenholding den Betrieb übernehmen.

Therme: Es hängt am Land

Die Entwicklung im Zusammenhang mit dem Thermenprojekt (wir haben in der letzten Nummer berichtet) zeigt eines sehr deutlich: Ob die Therme verwirklicht wird, hängt von der Landesregierung ab. Wenn es nicht bald eine positive Entscheidung gibt, dann glauben die Leute nicht mehr daran. Es ist ganz richtig, was die Kleine Zeitung zum Jahreswechsel geschrieben hat: „Die Hoffnung stirbt zuletzt. Ein Motto übrigens, das kaum wo besser hinpasst als nach Fohnsdorf“ (30. 12. 04).

Wenn es jetzt keine rasche Entscheidung gibt, dann könnte nach der Gemeinderatswahl die Hoffnung auf die „Therme des Lichts“ sterben.

EU: Eine saubere Kommission

Die beiden EU-Abgeordneten aus der Steiermark Rack (VP) und Leichtfried (SP) haben für die neue EU-Kommission gestimmt.

Das neue Kommissionsteam von José Manuel Barroso ist nicht viel besser als das alte. Es steht weiterhin für einen harten neoliberalen Kurs, der die Interessen von Großkonzernen und Unternehmen vertritt, das europäische Sozialmodell in seiner bisherigen Form möglichst reibungslos entsorgen soll und den Rüstungskurs auf dem Weg zur Supermacht EU weiter forciert.

Der französische EU-Kommissar ist nach einem Parteispenskandal gerichtlich verurteilt worden und die Wettbewerbskommissarin Kroes vergab trotz Warnungen des Staatsanwalts als Ministerin in den Niederlanden öffentliche Gelder an notorische Verbrecher. Als Privatperson war sie in Geschäfte mit Partnern verwickelt, die ihrerseits mit dem organisierten Verbrechen in Verbindung standen. Diese Frau soll nun die letzte Entscheidung über Multimilliarden schwere Unternehmenszusammenschlüsse als Kommissarin für Wettbewerb treffen.



**KPÖ-Gemeinderätin
Elfi Wieser
Tel. 0676 / 372 4677**

Liebe Fohnsdorferin!
Lieber Fohnsdorfer!

Was kann eine einzelne Gemeinderätin ausrichten, noch dazu, wenn die SPÖ eine so große Mehrheit hat wie bei uns in Fohnsdorf?

Auf diese Frage gibt es eine konkrete Antwort. Ich bin Vorsitzende des Prüfungsausschusses und habe daher die Möglichkeit und die Pflicht – gemeinsam mit den Vertretern der anderen Fraktionen – zu kontrollieren, ob die Steuermittel pflichtgemäß ausgegeben werden.

Wir führen fünfmal jährlich Prüfungen durch. Ich hoffe, dass ich durch diese Arbeit den Menschen in unserer Gemeinde dienen konnte und möchte das auch in der kommenden Periode wieder tun.

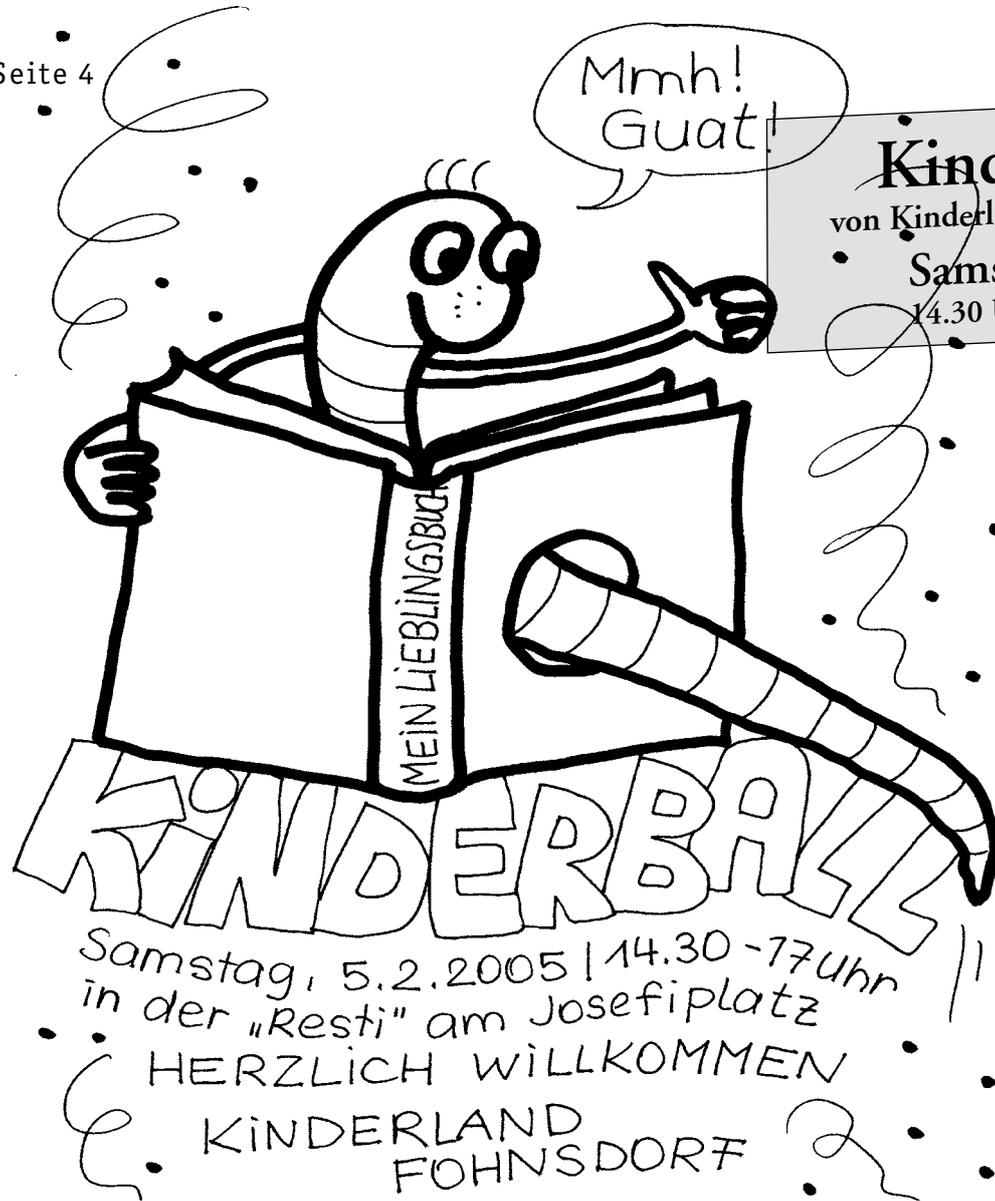
Es ist wichtig, dass es gerade in Fohnsdorf eine Stimme gibt, die das ausspricht, was die anderen verschweigen und alle Probleme und Fragen vom Standpunkt der arbeitenden Menschen aus angeht.

Politiker die Verständnis für die Reichen, für die Manager und für die Banken haben, gibt es mehr als genug.

Unsere Schwerpunkt war und ist das soziale Gebiet. Uns ist kein Problem zu klein und keine Sorge zu groß. Die KPÖ ist zwar eine kleine Partei, aber wir zeigen Biss und soziale Verantwortung.

Deshalb ist es wichtig, dass wir auch nach dem 13. März unsere Arbeit im Fohnsdorfer Gemeinderat fortsetzen können.

*Ihre Gemeinderätin
Elfriede Wieser*



Kinderfasching
 von Kinderland und KPÖ Fohnsdorf
 Samstag, 5.2.2005
 14.30 Uhr Resti, Josefiplatz

Reich und Arm. Die Fakten

Die Reichen und die Regierung sagen, dass für Soziales kein Geld da wäre.

Das Geld ist aber vorhanden: Die 100 reichsten Österreicher haben zusammen ein Vermögen von mehr als 54,7

Milliarden Euro (über 700 Milliarden Schilling). Reichtum hat in Österreich eine politische Macht entwickelt, die seinen Interessen und der Mehrung von Reichtum nutzbar gemacht wird. Die Reichen

werden immer reicher

Das Vermögen der Reichen ist sehr oft steuerschonend in Privatstiftungen geparkt. Laut seriösen Schätzungen liegen bereits 40 bis 45 Millionen Euro auf diesen Stiftungen. Der Grund dafür sind Steuerprivilegien. Die Reichen zahlen dort fast keine Steuer. Die Erbschaftssteuer beträgt nur ein Drittel des sonst üblichen Maßes. Deshalb sind Privatstiftungen der Hort des Reichtums schlechthin. Zu den großen Stiftern gehören in Österreich der alte Adel (Auersperg, Czernin, Schwarzenberg), viele Unternehmerfamilien (Essl, Fürnkranz, Hartlauer, Hrachowina, Kapsch, Lugner, Michelfeit, Palmers, Quester, Radatz,

Wiesbauer, Wlaschek, Zgonz, Bartenstein oder Haselsteiner) und Medienzaren (Dichand, Falk, Fellner).

Der Masse der Bevölkerung nimmt man gleichzeitig immer mehr weg

876.000 Menschen oder 11% der Bevölkerung sind in Österreich von Armutgefährdung oder Armut betroffen. Zwischen Armut und Gesundheit besteht ein deutlicher Zusammenhang: Ärmere Menschen sind häufiger krank. Sozialleistungen sind ausgesprochen wichtig, denn sie vermindern die Anzahl der armen Personen in Österreich um mehr als die Hälfte.

(Quelle: Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich. Wien

Das sind die Spitzenreiter:

			PLUS gegenüber 2003
1.	Flick, Karl Friedrich	6,1 Mrd. Euro	+213 Mio. Euro
2.	Liechtenstein, Fürst Hans Adam	3,3 Mrd. Euro	+116 Mil. Euro
3.	Horten-Charvat-Heidi	3,1 Mrd. Euro	+ 109 Mio. Euro
4.	Wlaschek, Karl	3,0 Mrd. Euro	+ 105 Mio. Euro
5.	Piech, Fredinand	2,9 Mrd. Euro	+ 101 Mio. Euro
6.	Schaeffler, Maria Elisabeth	2,1 Mrd. Euro	+ 72 Mio. Euro
7.	Mayr-Melnhof-Saurau, Franz	1,9 Mrd. Euro	+ 181 Mio. Euro
8.	Familie Meinel	1,7 Mrd. Euro	+ 61 Mio. Euro
9.	Mateschitz, Dietrich	1,2 Mrd. Euro	+ 40 Mio. Euro
10	Eszterhazy, Melinda	1,1 Mrd. Euro	+ 40 Mio. Euro
	Kaufmann, Michael	1,1 Mrd. Euro	+ 40 Mio. Euro
	Stronach, Frank	1,1 Mrd. Euro	+ 40 Mio. Euro
	Familie Swarowsky	1,1 Mrd. Euro	+ 40 Mio. Euro

(Quelle: Trend, 1.7. 2004) Steuerparadies Privatstiftungen